

10.03.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Gesundheitliche Überlastung der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen beenden – psychische Erkrankungen als Folge politischer Fehlsteuerung wirksam bekämpfen

I. Ausgangslage

Die Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen steht seit Jahren unter einem zunehmenden Belastungsdruck, der sich in stetig steigenden Krankheitszahlen und insbesondere einem drastischen Anstieg psychischer Erkrankungen widerspiegelt. Depressionen, Angststörungen, stressbedingte Erschöpfungssyndrome und Burn-out-Erkrankungen gehören inzwischen zu den häufigsten Ursachen für langfristige Arbeitsunfähigkeit. Diese Entwicklung stellt nicht nur ein individuelles Leid für die Betroffenen dar, sondern entwickelt sich zunehmend zu einem strukturellen Problem mit erheblichen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen.

Psychische Erkrankungen führen zu langen Ausfallzeiten, sinkender Produktivität, frühzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sowie steigenden Kosten für Sozial- und Gesundheitssysteme. Gleichzeitig verschärfen sie den bereits bestehenden Fachkräftemangel und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen nachhaltig. Eine Politik, die diese Entwicklung ignoriert oder lediglich mit symbolischen Einzelmaßnahmen reagiert, wird ihrer Verantwortung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung nicht gerecht.

Arbeit ist mehr als ein rein ökonomischer Faktor. Sie ist Grundlage von Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und individueller Selbstverwirklichung. Staatliche Rahmenbedingungen müssen daher so ausgestaltet sein, dass sie Arbeit ermöglichen und fördern, nicht jedoch durch Überforderung, Unsicherheit und permanente Umstrukturierungen krank machen. Die derzeitige Entwicklung zeigt jedoch, dass politische Entscheidungen zunehmend selbst zu einem Belastungsfaktor in der Arbeitswelt geworden sind.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Insbesondere die fortschreitende Bürokratisierung, stetig wachsende Dokumentations- und Berichtspflichten sowie immer neue regulatorische Vorgaben führen zu einer spürbaren Arbeitsverdichtung. Beschäftigte sehen sich gezwungen, immer mehr Zeit für administrative Tätigkeiten aufzuwenden, während die eigentliche fachliche Arbeit zunehmend unter Zeitdruck gerät. Diese Entwicklung trifft nicht nur große Konzerne, sondern vor allem kleine und mittlere Unternehmen, den Handwerkssektor sowie Familienbetriebe, die weder über spezialisierte Verwaltungsabteilungen noch über ausreichende personelle Puffer verfügen.

Hinzu kommt eine zunehmende politische Ideologisierung der Arbeitswelt. Unter dem Vorwand gesellschaftlicher Transformationsprozesse werden Betriebe und Beschäftigte mit wechselnden Zielvorgaben, kurzfristigen politischen Schwerpunktsetzungen und ständig neuen Anpassungserfordernissen konfrontiert. Diese Politik erzeugt Unsicherheit, Planungsunfähigkeit und ein dauerhaftes Gefühl von Überforderung, das sich unmittelbar auf die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer auswirkt.

Besonders deutlich zeigen sich diese Fehlentwicklungen in Bereichen wie Pflege, Bildung, öffentlicher Verwaltung und Handwerk. Dort treffen hohe Verantwortung, Personalmangel und steigende Anforderungen auf immer neue politische Vorgaben und Kontrollmechanismen. Die Folge ist eine chronische Überlastung der Beschäftigten, die sich zunehmend in Krankmeldungen, innerer Kündigung und frühzeitigem Ausscheiden aus dem Berufsleben niederschlägt.

Statt die Ursachen dieser Entwicklung konsequent zu analysieren und zu beseitigen, beschränkt sich die Landesregierung bislang auf punktuelle Programme, Modellversuche und öffentlichkeitswirksame Initiativen. Diese Maßnahmen greifen jedoch zu kurz, da sie die strukturellen Belastungsfaktoren unangetastet lassen und häufig sogar neue Bürokratie erzeugen. Prävention wird so zur Worthülse, während die Arbeitsrealität der Menschen im Land weiter aus dem Blick gerät.

Eine verantwortungsvolle Arbeits- und Gesundheitspolitik muss an den tatsächlichen Ursachen psychischer Belastungen ansetzen. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, der Abbau unnötiger Bürokratie, politische Zurückhaltung bei immer neuen Reformen sowie eine klare Fokussierung auf die Belastungsgrenzen von Beschäftigten und Betrieben. Ohne eine grundlegende Kurskorrektur wird sich die gesundheitliche Situation in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalens weiter verschärfen.

II. Der Landtag stellt fest,

1. dass die Zahl psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalens in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist und ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem darstellt;
2. dass arbeitsbedingte psychische Belastungen in erheblichem Maße auch Folge politischer Rahmenbedingungen sind, insbesondere durch zunehmende Bürokratie, Arbeitsverdichtung und ideologisch motivierte Regulierungen;

3. dass sich die bisherige Politik der Landesregierung auf Einzelmaßnahmen ohne nachhaltige Wirkung beschränkt und eine umfassende Ursachenbekämpfung vernachlässigt;
4. dass Mittelstand, Handwerk, Pflege, Bildung und öffentliche Verwaltung von diesen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen sind.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

5. einen umfassenden Bericht über die Entwicklung arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen, der Ursachen, branchenspezifische Belastungen und volkswirtschaftliche Folgekosten transparent darstellt;
6. die Auswirkungen landespolitischer Regelungen auf Arbeitsverdichtung, Bürokratieaufwand und psychische Belastungen systematisch zu überprüfen und öffentlich darzulegen;
7. konkrete und messbare Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Belastungen für Beschäftigte und Betriebe umzusetzen;
8. präventive Ansätze zur Stärkung der psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt zu fördern, ohne neue verpflichtende Programme oder zusätzliche Berichtspflichten einzuführen;
9. bei zukünftigen arbeits- und wirtschaftspolitischen Vorhaben eine verbindliche Belastungs- und Praxistauglichkeitsprüfung vorzunehmen, um gesundheitliche Überforderungen von Arbeitnehmern zu vermeiden.



Dr. Martin Vincentz



Christian Loose

und Fraktion